

10. Juni 2011

Pressemitteilung

Die Zwangsverschiebungen von Schüler/-innen dieses Frühlings waren bloss der leichte Vorge-schmack auf das, was die Bildungsdirektion und die Baselbieter Regierung für die nächsten Jahre plant. Hinter den Einsparungen bei den Lehrpersonen steckt eine Wegrationalisierung von rund 55 Schulklassen.

Die 70 Zwangsverschiebungen von Schülerinnen und Schülern im Kanton Baselland haben bereits gros-ses Unverständnis in der Baselbieter Bevölkerung ausgelöst. Die Rekurse wurden samt und sonders abgelehnt, sogar dort, wo die maximale Schülerzahl in der betroffenen Klasse gar nicht hätte überschrit-ten werden müssen. Damit wird deutlich, dass es dem AVS nicht um die einzelnen Fälle geht, sondern darum, ein Exempel zu statuieren, um klar zu machen, dass die Bevölkerung auch in Zukunft nichts zu sagen hat.

Mit dem "Entlastungspaket 12/15" beabsichtigt die Bildungsdirektion nun für die kommenden Jahre einen massiven Ausbau der Zwangsverschiebungen von Schüler/-innen auf der Sekundarstufe 1. Rund 55 Klassen sollen bis 2014 eingespart werden. Das heisst, dass es jede Primarschülerin und jeden Primar-schüler beim Wechsel in die Sekundarstufe treffen kann. Voraussichtlich Hunderte von Kindern werden neu nicht mehr die nächst gelegene Sekundarschule besuchen, sondern müssen einen längeren und z.T. gefährlicheren Schulweg in Kauf nehmen. Sie werden aus ihrem sozialen Umfeld herausgerissen. Und "der Kanton spart" heisst dann, dass die Eltern für Transport und allenfalls für auswärtige Mittagsverpfle-gung jährlich mehrere Hundert Franken Zusatzkosten tragen müssen.

Mit weiteren Massnahmen beabsichtigt die Regierung auf der Sekundarstufe zusätzliche Millionenbeträge einzusparen. Durch eine Erhöhung des Arbeitsvolumens der Lehrkräfte wird die bereits ramponierte Att-aktivität des Lehrerberufes weiter reduziert. Die Folgen sind für unsere Kinder verheerend. Der bereits jetzt vorhandene Mangel an gut qualifizierten und engagierten Lehrkräften wird noch massiv steigen. Auch das spüren die Kinder direkt im Schulzimmer, wenn wie heute zahlreiche nicht ausreichend ausge-bildete Personen als Lehrkräfte angestellt werden.

Die Volksschule muss seit Jahren den Gürtel enger schnallen, um die immer teurer werdende Image-Bereiche Universität und FHNW zu finanzieren. Eine Bildungspolitik, die einen deutlichen Bildungsabbau auf der Volksschule zur Folge hat, lehnen wir dezidiert ab. Wir fordern die Regierung auf, vor der Ab-stimmung der mit 7'161 Unterschriften bereits eingereichten kantonalen Initiative „Keine Zwangsver-schiebungen an Baselbieter Sekundarschulen“ auf Zwangsversetzungen zu verzichten.

Die gute Ausbildung unserer Kinder ist das Kapital der Zukunft. Bei der Ausbildung zu sparen ist kurz-sichtig und verursacht langfristig teure Folgekosten, welche den "Spar-Effekt" in keinster Weise rechtfertigen, sondern bei weitem überschreiten.

Rückfragen: *Claudia Vogt, 078 796 13 00, Komitee Sekretariat*
Thierry Moosbrugger, 079 754 13 63, Mitglied Initiativkomitee
Jürg Wiedemann, 078 633 60 37, Landrat Grüne